

Mitteilungen

FOLGE 167
JULI 2004

70 JAHRE JULIPUTSCH

SS-Putschversuch in Wien und SA-Aufstand in den Bundesländern forderten mehr als zweihundert Tote — doch auch vor und nach dem Juliputsch fielen terroristischen Anschlägen der österreichischen Nationalsozialisten fünfzig Menschen zum Opfer.

Ein Beitrag von Winfried R. Garscha

Am 25. Juli 1934, um 12.53 Uhr, führen mehrere Lastautos mit 150 — als Bundesheer-Soldaten verkleideten — SS-Männern durch das offene Tor des Bundeskanzleramtes am Ballhausplatz. Um 13.00 Uhr stürmten 15 SS-Männer das Funkhaus der Ravag (Radio-Verkehrs-AG) in der Johannesgasse und erzwangen die Verlesung einer Meldung über den angeblichen Rücktritt der Regierung Dollfuß. Diese Meldung war das vereinbarte Signal zum „Losschlagen“ für die Nationalsozialisten in den Bundesländern.

Die Ermordung Dollfuß'

Die Wache im Bundeskanzleramt ließ sich widerstandslos entwaffnen, die Beamten des Hauses wurden von den Putschisten in den Hof getrieben. Um 13 Uhr wurde Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß, der gerade von einem Diener ins angrenzende Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Sicherheit gebracht werden sollte, von einem der SS-Männer — Otto Planetta — angeschossen, bevor er die Verbindungstür zur Wendeltreppe in den Archiv-Speicher erreicht hatte. Die Putschisten ließen ihn verbluten, um 15.45 Uhr war der Kanzler tot.

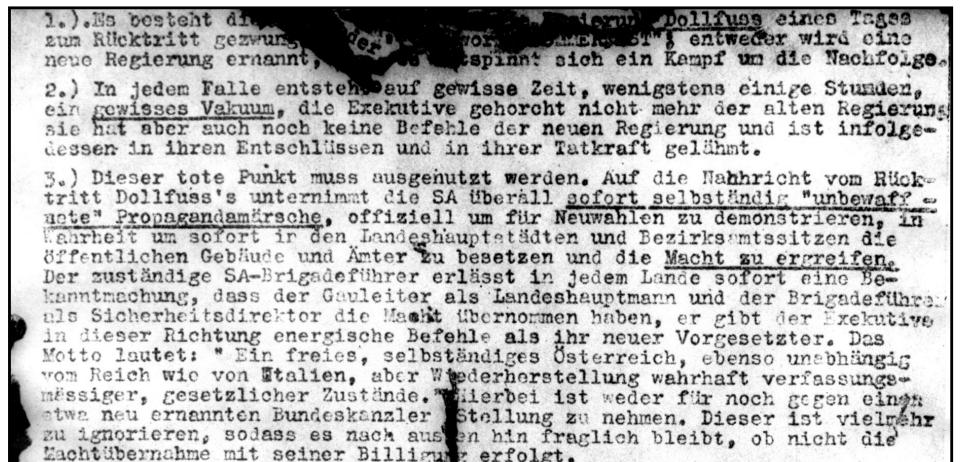
Der Überfall auf das Bundeskanzleramt stand unter der Leitung des ehemaligen Bundesheer-Wachtmeisters Franz Holzweber. Die eigentlichen Anführer des Putschversuchs — der Führer der illegalen SS-Standarte 89, Fridolin Glass, und der Verbindungsmann zu den deutschen Drahtziehern, Dr. Otto Gustav Wächter — waren für die SS-Männer im Kanzleramt nicht erreichbar. Das Kanzleramt wurde ab halb zwei Uhr von Polizei und Bundesheer umstellt. Um 15 Uhr war das Funkhaus in der Johannesgasse wieder in der Hand der Regierung, die Rücktrittsmeldung wurde widerrufen. Die Situation in

den Bundesländern war den Putschisten im Kanzleramt unbekannt. Über Vermittlung von Sicherheitsminister Emil Fey, der sich bei Dollfuß aufgehalten hatte, und des deutschen Botschafters Dr. Kurt Rieth verhandelten sie mit dem von der Bundesregierung beauftragten Sozialminister Odo Neustädter-Stürmer über eine kampflose Übergabe, die zwischen 19 und 19.30 Uhr erfolgte. Unter Hinweis auf die Ermordung Dollfuß' nahm die Regierung die Zusicherung des freien Geleits zur deutschen Grenze zurück, am 31. Juli wurden Holzweber und Planetta hingerichtet. In den darauf folgenden Wochen wurden fünf weitere Beteiligte an der Besetzung des Kanzleramts und ein Beteiligter an der Erstürmung des Ravag-Funkhauses sowie fünf Nationalsozialisten in den Bundesländern hingerichtet.

Der Aufstand in der Steiermark und Kärnten

Schon mehrere Tage vor dem Putsch in Wien hatten — vor allem in der Steiermark und Kärnten — Gerüchte die Runde gemacht, dass ein militärischer Umsturzversuch der Nationalsozialisten bevorstehe, dennoch war die Situation innerhalb der Exekutive nach der Radiomeldung vom Rücktritt der Bundesregierung von Abwarten und teilweiser Kopfflosigkeit geprägt.

Während der Putsch in Wien von der SS vorbereitet und durchgeführt wurde, war der Aufstand in den Bundesländern eine Aktion der SA. Zum Zentrum des Aufstands entwickelte sich die Steiermark, wo die SA militärisch durch den *Steirischen Heimatschutz*, der bereits 1931 einen



Erste Seite des so genannten „Kollerschlag Dokument“ (Ausschnitt), eines Aufstandsplans österreichischer SA-Führer, der von den Behörden am 26. Juli 1934 um 3 Uhr früh bei einem nationalsozialistischen Kurier im Grenzort Kollerschlag im Mühlviertel sichergestellt wurde. Die Übereinstimmung der Angaben in dem Papier mit einigen Phasen des SS-Putschversuchs und des daran anschließenden SA-Aufstands in den Bundesländern lässt darauf schließen, dass ähnliche Planvorgaben bereits vorher von der Münchner Landesleitung bzw. SA-Führung den illegalen Organisationen in Österreich übermittelt worden sind.

Putschversuch unternommen und sich 1933 der NSDAP unterstellt hatte, verstärkt wurde. Die Steiermark war, neben Kärnten und Oberösterreich, auch eine Hochburg des *Landbunds für Österreich*, einer deutschnationalen, antiklerikalen Bauernpartei, die bis 1933 auch in der Bundesregierung vertreten war.

Ausgehend von Radkersburg beherrschten die Aufständischen ab dem Abend des 25. Juli weite Teile der Südoststeiermark, wo sich den Nationalsozialisten auch die „Bauernwehren“ des *Landbunds* anschlossen. Auch im Raum Deutschlandsberg verzeichneten die Nationalsozialisten bereits am 25. Juli militärische Erfolge, nicht jedoch in der übrigen Weststeiermark und um Graz. Brennpunkt der Kämpfe war jedoch, vor allem am 26. Juli, die Obersteiermark, und zwar sowohl das Industriegebiet zwischen Judenburg und Leoben

als auch das steirische Ennstal. Die blutigsten Auseinandersetzungen fanden in und um Schladming, in der Gegend rund um Stainach-Irdning, auf dem Pyhrnpass und im Raum Leoben-Donawitz statt.

Nach dem Scheitern des Putschversuchs der SS in Wien wurde von München aus an die SA-Funkstelle nach Klagenfurt die Meldung (von der die Polizei später eine Mitschrift sicherstellte) durchgegeben: „Brigade Kärnten beginnt mit Elementarereignis 12 bis 13 Uhr“. In Unterkärnten und im Lavanttal gelang es der SA am Vormittag des 26. Juli, vor dem Zugriff der Exekutive ihre Einheiten zu mobilisieren. Die Kämpfe setzten um 14 Uhr im Raum Klagenfurt ein, im Laufe des Nachmittags wurden St. Veit an der Glan, Feldkirchen und Wolfsberg von den Aufständischen besetzt. In Klagenfurt setzte sich das Bundesheer durch und beeinflusste

damit auch den Ausgang der Kampfhandlungen im Kärntner Unterland.

Während der Aufstand am Abend des 26. Juli in der Steiermark zusammenbrach und die geschlagenen Nationalsozialisten sich zu Hunderten nach Jugoslawien zu retten versuchten, erlangten die Aufständischen die Kontrolle über das Lavanttal und sicherten so ihren steirischen Kameraden den Rückzug über die Grenze. In einigen Kärntner Orten setzten die Kämpfe erst am 27. Juli ein. Erst am 30. Juli zogen sich die Aufständischen aus dem Lavanttal über die jugoslawische Grenze zurück. (Insgesamt dürften über 2.000 Nationalsozialisten aus der Steiermark und Kärnten nach Jugoslawien geflüchtet sein.)

Die Kämpfe in den übrigen Bundesländern

Bereits am Nachmittag des 25. Juli ermordete in Innsbruck der Führer der so genannten T(=Terror)-Gruppe der Tiroler SS den Kommandanten der städtischen Sicherheitswache, Franz Hickl, mit drei Pistolenschüssen beim Betreten des Statthaltereigebäudes in der Herrengasse. Hickl war schon früher Zielscheibe nationalsozialistischer Drohungen gewesen, der Mord erfolgte auf Befehl der illegalen Gauleitung, der Mörder wurde am 1. August hingerichtet.

Am 26. Juli überfielen Nationalsozialisten ein Zollhaus im südlichen Burgenland (Mühlfeld-Liebau), der Angriff konnte aber abgewehrt werden, die nach Ungarn Geflüchteten wurden den österreichischen Behörden überstellt.

Die in der *Österreichischen Legion* konzentrierten, nach Deutschland geflüchteten Nationalsozialisten wurden von den Ereignissen überrascht, die SA-Führung befahl Bewaffnung und Motorisierung, sagte den Alarm jedoch in der Nacht zum 26. Juli wieder ab, was einige Gruppen zu eigenständigen Aktionen veranlasste, insbesondere an der bayrisch-oberösterreichischen Grenze. In der Nacht zum 27. Juli fielen „Legionäre“ im Raum Kollerschlag (Mühlviertel) in Österreich ein, an den bewaffneten Auseinandersetzungen war übrigens, außer Robert Haider aus Goisern, auch Anton Burger, der spätere Kommandant des Ghettos Theresienstadt, beteiligt. Ebenfalls erst am 27. Juli erfolgten lokale Aufstandsversuche in weiteren Orten Oberösterreichs, die aber von der Exekutive im Keim erstickt wurden.

Erst am Nachmittag des 27. Juli gab die Salzburger SA-Führung (von Freilassing

Die Kämpfe im Raum Kollerschlag und der „Legionär“ Robert Haider aus Goisern

In der Nacht vom 25. auf 26. Juli wurde an der deutschen Grenze bei Kollerschlag (Bezirk Rohrbach/OÖ) ein nationalsozialistischer Kurier verhaftet, bei dem man Papiere mit dem Aufstandsplan der österreichischen SA fand („Kollerschlag-Dokument“).

Am 26. Juli um 23 Uhr hielt eine zwei Mann starke Patrouille der Zollwacheabteilung aus Haselbach drei Angehörige der *Österreichischen Legion* — einer damals an mehreren Orten nahe der österreichischen Grenze stationierten SA-Formation, die als Bürgerkriegstruppe im entscheidenden Moment in Österreich eingreifen sollte — an, die gerade die Grenze überschritten hatten. Als die Legionäre flüchten wollten, eröffneten die Zollwacheorgane das Feuer. Zwei Legionäre wurden festgenommen, der Dritte konnte entkommen.

Am 27. Juli um 2 Uhr morgens überfielen ca. 40 bis 50 „Legionäre“ das Grenzzollamt Hanging bei Kollerschlag. 30 „Legionäre“ unter Führung von Hauptmann Geister fuhren weiter in den nahe gelegenen Ort Kollerschlag, um dort den Gendarmerieposten einzunehmen. Beide Angriffe wurden schließlich zurückgeschlagen, zwei „Legionäre“ kamen ums Leben, fünf wurden verwundet; die Nationalsozialisten erschossen den Gendarmerie-Revierinspektor Richard Hölzl, der seinen überfallenen Kameraden zu Hilfe geeilt war, auf offener Straße.

Ungefähr zur selben Zeit überfielen „Legionäre“ das südlich gelegene Grenzzollamt Haselbach. Die dortige Besatzung war durch die Schüsse aus Hanging bereits gewarnt, hatte gegen die Übermacht der Angreifer aber keine Chance. Nach einem Kampf, bei dem ein „Legionär“ starb, mussten die drei Verteidiger fliehen. Erst am Morgen vertrieb heranrückende Gendarmerie die Nationalsozialisten. Mehrere Beamte aus Hanging und Haselbach sowie ein Mitglied des *Freiwilligen Schutzkorps* wurden nach Bayern verschleppt und erst nach einiger Zeit durch bayrische Gendarmeriebeamte aus der Gewalt der „Legionäre“ befreit. In Deutschland verhaftete man die beteiligten SA-Leute und steckte sie für einige Wochen nach Landsberg in „Ehrenhaft“.

Unter den aus Deutschland angreifenden „Legionären“ befand sich der 1914 geborene Robert Haider, Schuhmachergeselle aus Goisern, Vater des langjährigen FPÖ-Obmanns und Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider. Robert Haider war 1933 als SA-Mann bei einer Schmieraktion erwischt worden. Er hatte fliehen können und war in Bayern der *Österreichischen Legion* beigetreten. Nach dem „Anschluss“ kehrte er nach Oberösterreich zurück und wurde Gaujugendwarter der Deutschen Arbeitsfront in Linz.

Nach: Kurt Bauer, *Elementar-Ereignis*, Wien 2004, S. 301 f.

aus) den Einsatzbefehl, der aber nur in der Stadt Salzburg und im Flachgau befolgt wurde. Am Abend überfielen Nationalsozialisten den Gendarmerieposten von Seekirchen am Wallersee. Doch außer in Lamprechtshausen wurde der Aufstandsversuch überall unterbunden, bevor er begonnen hatte.

Intrigen und Gerüchte

Dass sowohl der Putschversuch in Wien als auch die anschließenden Kämpfe in den Bundesländern von Deutschland aus gesteuert wurden, war offenkundig — als wichtigstes Beweisstück diente der als „Kollerschlager Dokument“ bekannte Aufstandsplan, der auch prominente Aufnahme in das von der österreichischen Regierung 1946 herausgegebene „Rot-Weiß-Rot-Buch“ fand. Ebenso offensichtlich ist, dass das teilweise unkoordinierte und dilettantische Vorgehen der Putschisten ein Resultat von Auseinandersetzungen zwischen SA und SS (nur drei Wochen nach der Ermordung von über hundert SA-Führern durch SS und Gestapo im Zuge des so genannten „Röhm-Putschs“) sowie zwischen der „österreichischen Landesleitung“ der NSDAP und der österreichischen SA-Führung gewesen sein dürfte. Die genauen Umstände sind jedoch bisher unerforscht; Heinrich Himmler hatte 1938 eine „historische Kommission“ eingesetzt, die das Desaster des Juliputschs aus der Sicht der SS klären sollte. Anlass zu wilden Gerüchten bereits unmittelbar nach dem Putschversuch hatte auch die dubiose Rolle von Sicherheitsminister Fey geboten. Der von Dollfuß entmachtete Führer der Wiener *Heimwehr* (der bis zum 1. Mai 1934 Vizkanzler gewesen war) hatte von der geplanten Besetzung des Kanzleramts erfahren, die Warnung aber verspätet weitergegeben — und zwar nur an Dollfuß persönlich, den er während der Ministerratssitzung ins Nebenzimmer bat. Nur weil sich die Abfahrt der Lastautos mit den SS-Männern verzögert hatte, war es möglich gewesen, die Ministerratssitzung vorfristig zu beenden, sodass die Putschisten nur mehr Dollfuß und Fey im Kanzleramt antrafen. Eine Klärung der genauen Umstände von Dollfuß' Tod ist nicht mehr möglich, weil bei der Bergung der Leiche die Spuren am Tatort verwischt wurden.

Die Distanzierung der nationalsozialistischen Reichsregierung von den nationalsozialistischen Putschisten galt wohl eher dem Misserfolg der Aktion — der von den Putschisten vorgesehene neue Bundeskanzler Dr. Anton Rintelen (bis 1933

christlichsozialer Landeshauptmann der Steiermark, nach dem Juliputsch zu lebenslänglichem Kerker verurteilt) hätte für Hitler wohl einen fügsameren Verhandlungspartner dargestellt als Engelbert Dollfuß. Trotz internationalen Drucks blieb die Ersetzung des deutschen Botschafters Rieth durch Franz von Papen — einen Politiker der katholischen Zentrums- partei, der zu Hitlers wichtigsten Steigbügelhaltern im Vorfeld der nationalsozialistischen Machtübernahme gezählt hatte — das einzige Entgegenkommen Deutschlands gegenüber Österreich nach der von Deutschland aus gestarteten militärischen Aktion gegen den Nachbarstaat.

Der nationalsozialistische Terrorismus vor und nach dem Juliputsch

Die genauen Zahlen der Opfer des Juliputschs sind bis heute nicht bekannt. Gerhard Jagschitz (der 1976 die erste wissenschaftliche Untersuchung des NS-Putschs veröffentlichte) und Gerhard Botz (der in die 1983 erschienene Neuauflage seiner Studie „Gewalt in der Politik“ auch die Jahre 1934–1938 einbezog) übernahmen die vom Militärhistoriker Erwin Steinböck 1965 vorgelegten Zahlen: einschließlich der 13 hingerichteten Putschisten habe der Juliputsch 269 Todesopfer gefordert. Die neueste Publikation — „Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934“ von Kurt Bauer — kommt zu folgendem Ergebnis: 111 „Aufständische“, 101 Getötete auf Regierungsseite und 11 „Unbeteiligte“. Von den 223 Todesopfern entfallen 96 auf die Steiermark und 81 auf Kärnten.

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und das Karl von Vogelsang-Institut haben in einem zweijährigen Forschungsprojekt die Opfer des Terrors der NS-Bewegung in Österreich 1933 bis 1938 untersucht, die Ergebnisse werden in wenigen Monaten als Buch vorliegen. Die Analyse der amtlichen Quellen und der Berichte in den Zeitungen ergab, dass im Zuge des Juliputschs von den Nationalsozialisten 119 Personen getötet wurden — wenn man den gesamten Zeitraum vom 25. Juli 1934 bis zum endgültigen Erliegen der Kämpfe in den Bundesländern am 6. August 1934 berücksichtigt und auch die ihren Verletzungen Erlegenen mit einrechnet. Da der NS-Terror in Österreich zwischen 1. Juni 1933 und 10. März 1938 insgesamt 169 Todesopfer forderte, heißt dies, dass 50 Menschen ohne Zusammenhang mit den Kampf-

handlungen des Juli 1934 von österreichischen Nationalsozialisten getötet wurden — 26 vor und 24 nach dem Putsch. Ermordet wurden nicht nur Angehörige des Bundesheeres, der Polizei oder Gendarmerie, einer freiwilligen Assistenztruppe oder des Grenzschutzes, sondern auch zahlreiche Unbeteiligte. Zu Opfern gezielter Anschläge wurden politische Gegner ebenso wie Juden — wie der Juwelier Norbert Futterweit —, aber auch vermeintliche Verräter in den eigenen Reihen (von den 12 Getöteten der Jahre 1935 bis 1937 waren 7 Opfer von Fememorden innerhalb der illegalen Partei). Es ist daher unrichtig, die von den Nationalsozialisten vor ihrer Machtübernahme ausgehende Gewalt auf den Juliputsch zu reduzieren und ansonsten als mehr oder weniger harmlose Gewaltakte (Papierboller, Sprengen von Telefonzellen) frustrierter Jugendlicher hinzustellen. Ungeachtet des Rückhalts, den die illegale NSDAP in Teilen der österreichischen Bevölkerung genoss, agierte sie wie eine ganz normale terroristische Organisation.

Die österreichischen Nationalsozialisten als Bürgerkriegspartei

Nach 1945 wurden Mitglieder der illegalen NSDAP als „Hochverräter“ strafrechtlich verfolgt. Anton Pelinka hat hingegen in seinem Aufsatz „Der verdrängte Bürgerkrieg“ (in: Pelinka/Weinzierl, Das große Tabu, Wien 1987) davor gewarnt, angesichts der massiven Einmischung Deutschlands die Tatsache außer Acht zu lassen, dass der Einfluss der österreichischen NSDAP aus innerösterreichischen Konflikten resultierte und die Kämpfe von *Österreichern* ausgetragen wurden. Der Juli 1934 sei eher als Vorbote eines anderen, noch bevorstehenden, größeren Bürgerkrieges zu betrachten: Dieser „brach 1938 über Österreich herein, dauerte sieben Jahre und kostete direkt Zehntausenden, indirekt Hunderttausenden Österreichern das Leben. [...] Auf der einen Seite standen die österreichischen Nationalsozialisten [...]. Die anderen waren konservative Legitimisten, katholische Austrofaschisten, großdeutsche Sozialdemokraten, stalinistische Kommunisten. [...] Die direkten Opfer dieses Bürgerkrieges waren die Zehntausende, die in den Konzentrationslagern und auf den Hinrichtungsstätten des ‚Dritten Reiches‘ ermordet wurden — als politisch Verfolgte, als ‚rassisch Minderwertige‘. [...] Auf beiden Seiten dieses Bürgerkrieges standen Österreicher.“

WIR BETRAUERN

Regierungsrat Dir. Leopold **Grüner**, nach dem „Anschluss“ 1938 mehrmals in Schutzhaft genommen, starb am 16. April 2004 im 95. Lebensjahr.

Dr. Otto **Heller**, Generalkonsul a. D. der Republik Österreich in São Paulo (Brasilien) und langjähriger Förderer des DÖW, verstarb am 25. März 2004 im Alter von 93 Jahren.

Ferdinand Berger (1917–2004)

Der Widerstandskämpfer und langjährige ehrenamtliche Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs Ferdinand Berger starb am 25. April 2004 im Alter von 86 Jahren.

Der gebürtige Grazer Ferdinand Berger nahm 1934 an den Februarkämpfen in Gösting bei Graz teil und befand sich wegen kommunistischer Betätigung ein Jahr in Haft. Vom Dezember 1937 bis Oktober 1938 kämpfte er im Spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Republik. Nach Internierung in französischen Lagern wurde er im Mai 1940 von der Gestapo in Haft genommen und nach Österreich überstellt. Vom Februar 1941 bis zur Befreiung im April 1945 war er in den KZ Dachau und Flossenbürg inhaftiert.

Ferdinand Berger trat nach Kriegsende in den Polizeidienst ein. Nach seiner Pensionierung wirkte er als Obmann der Lagergemeinschaft Dachau sowie als Landesobmann des KZ-Verbandes Wien. Im DÖW arbeitete er ehrenamtlich u. a. im Bereich der Rechtsextremismus-Sammlung. Als Zeitzeuge war er sowohl an Schulen als auch im DÖW aktiv. Ferdinand Berger wurde mit dem *Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien* und dem *Goldenen Verdienstzeichen der Republik Österreich* ausgezeichnet.

Zur Erinnerung an Ferdinand Berger veranstaltete das DÖW gemeinsam mit seiner Familie am 7. Juni 2004 eine Gedenkfeier in den Räumen des DÖW.

Ausführungen Ferdinand Bergers als Zeitzeuge vor SchülerInnen finden sich in der Publikation:

Monika Horsky (Hrsg.), *Man muss darüber reden. Schüler fragen KZ-Häftlinge*, Ephelant Verlag 1988, S. 98–129.



Nicht mehr anonym

Über **3.200 Fotos** aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien und Kurzbiographien der Opfer im Internet

www.doew.at

Die Kartei, die aus Beständen des Wiener Stadt- und Landesarchivs stammt, wurde 2001 im DÖW eingescannt und in einer Datenbank erfasst.

Fehlende Fotos konnten teilweise aus den Beständen des DÖW ergänzt werden.

**Edmund Wagner, Wien,
geboren am
16. November 1917**

Der Elektromechaniker Edmund Wagner war nach den Februarkämpfen 1934 3 Monate in Haft.

Er war bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht (Herbst 1940) am Aufbau der KPÖ in Wien-Floridsdorf beteiligt und wurde am 6. 3. 1942 bei seinem Truppenteil festgenommen.

Am 4. 11. 1942 wurde er vom Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt. Edmund Wagner wurde am 21. 4. 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

WIR GRATULIEREN

DÖW-Kuratoriumsmitglied em. o. Univ.-Prof. Dr. und DDr. h.c. Gerald **Stourzh** feierte seinen 75. Geburtstag.

DÖW-Mitarbeiterin Mag. Dr. Claudia **Kuretsidis-Haider** erhielt den von der Arbeiterkammer gestifteten *Theodor-Körner-Preis*.

Bibliothek des Jüdischen Museums Wien online

Der Bibliothekskatalog des Jüdischen Museums Wien ist online unter der Adresse <http://opac.bibvb.ac.at/jmw> abrufbar.

Die Bibliothek des Jüdischen Museums Wien ist eine Spezialbibliothek zum Thema Judentum mit über 42.000 Bänden. Die Sammlung geht auf den Beginn des 19. Jahrhunderts zurück und besteht aus Literatur zur Geschichte, Religion und Kultur des Judentums, Belletristik jüdischer AutorInnen, hebräischer und jiddischer Literatur, Zeitschriften und Nachschlagewerken. Einen wichtigen Schwerpunkt bilden Quellen und Literatur zur

Geschichte der Juden Wiens und Österreichs mit vielen sehr seltenen Werken.

Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr. Die Bibliothek ist eine Präsenzbibliothek, die Werke werden sofort ausgefolgt. Für die Benützung wird ein Lichtbildausweis benötigt.

Informationen: bibliothek@jmw.at.

Forum Politische Bildung im Internet

Die Website www.politischebildung.com bietet neben Informationen über das Forum Politische Bildung und aktuelle Informationen zur Politischen Bildung eine Projektbörse mit Unterrichtsbeispielen und Projektideen für die schulische Praxis. Die Unterrichtsbeispiele, die bereits online zur Verfügung stehen, wurden von LehrerInnen im Forum Politische Bildung im Rahmen der Reihe Informationen zur Politischen Bildung entwickelt. In weiterer Folge sollen laufend neue Unterrichtsbeispiele und Projektmodule hinzukommen. Angeboten werden u. a. Unterrichtsvorschläge zu den Themen „Europa“, „Parlamentarismus“, „Politisches System Österreich“ sowie „Gedächtnis und Gegenwart“.

Wir bedanken uns

Oberst i. R. Egon **Ehrlich** (Wien) überließ uns ein umfangreiches Aktenkonvolut zur Geschichte der Familie Gadolla-Ehrlich.

Josef Ritter von Gadolla versuchte als Kampfkommandant von Gotha, die Stadt am 3. April 1945 kampflos den amerikanischen Streitkräften zu übergeben. Er wurde am 4. April 1945 standgerichtlich zum Tode verurteilt und in den Morgenstunden des 5. April erschossen.

Helen **Klug-Langer** (Großbritannien) übergab dem DÖW Materialien zu Viktor Kuh (geboren am 25. November 1917 in Wien, ermordet in Sabac am 13. Oktober 1941), darunter Briefe von Viktor Kuh, die er während seiner Flucht auf der Donau nach Kladovo schrieb (die Briefe sind auch auf einer CD-ROM gespeichert).

Viktor Kuhs Eltern wurden 1942 nach Maly Trostinec deportiert und ermordet, seine Schwester Hanni konnte 1938 nach England flüchten.

Über Vermittlung von **Hanna** und **Gustav Papanek** (Lexington, USA) erhielt das Dokumentationsarchiv von **Jacques Latu** (Musée de la Résistance et de la Deportation Montauban) umfangreiche Kopien aus dem Nachlass der Familie Kurzweil.

1991 wurden auf dem Dachboden der Polizeistation in Auvillar nahe Montauban in Südfrankreich einige Koffer gefunden, die einer Grazer Familie — Bruno und Gisela Kurzweil sowie deren 17-jähriger Tochter Adele — gehört hatten. Als jüdischer Rechtsanwalt hatte Bruno Kurzweil im Juni 1938 Berufsverbot erhalten und war mit seiner Familie nach Frankreich geflüchtet. Alle wurden am 9. September 1942 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

SchülerInnen des Bundesgymnasiums Gallus (Bregenz) dokumentierten im Rahmen eines Projekts unter Leitung von Mag. Sabine Sutterlütli die Geschichte der Schwestern Selma und Martha Mohr, die beide in Theresienstadt umkamen.

Wir erhielten sowohl den Projektbericht als auch einen kurzen Abriss über die Familiengeschichte sowie eine Abschrift aller Dokumente und eine Auswahl der Dokumente im PDF-Format.

Zuflucht in den Tropen: Österreichische Emigranten auf den Philippinen

*Der folgende Beitrag von **Christine Kanzler** entstand im Rahmen eines vom Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 7 – Kultur, Wissenschafts- und Forschungsförderung unterstützten Forschungsprojekts und fasst erste Ergebnisse von Forschungen zum österreichischen Exil auf den Philippinen zusammen. Hierfür wurde unter anderem der kürzlich dem DÖW überlassene Teilnachlass von Mona Lisa und Hans Steiner ausgewertet.*

„Ich bin jetzt schon fünf Monate hier in Manila und noch immer kommen Stunden, da ist es mir, als müsste ich aus einem phantastischen, unwahrscheinlichen Traum zur Wirklichkeit erwachen. Dass alles, was ich hier erlebe, selbst Wirklichkeit ist, dieser Gedanke hat noch immer nicht vollends Macht über mich.“

(Aus einem Brief an das *Jüdische Nachrichtenblatt*, Ausgabe Wien, vom 4. November 1940)

Mindanao — Hoffnung für Zehntausend?

Die Philippinen als mögliches Zufluchtsland für Tausende vom nationalsozialistischen Regime Verfolgte — diese Hoffnung erfüllte in den Jahren 1939 bis 1941 auch in Österreich die Vertreter der jüdischen Gemeinde auf ihrer verzweifelten Suche nach Emigrationsmöglichkeiten für ihre Schutzbefohlenen. Nachdem spätestens die zur Lösung der Flüchtlingsfrage einberufene Konferenz von Evian (6. bis 14. Juli 1938) gezeigt hatte, dass die Staaten der westlichen Welt nicht bereit waren, ihre Grenzen zu öffnen, wurde nach alternativen Rettungsmöglichkeiten gesucht. Eine mögliche Antwort schien in der kollektiven Ansiedlung von Flüchtlingen in unterentwickelten Regionen Lateinamerikas, Afrikas oder Asiens zu liegen. Noch im selben Jahr kam es zu einer Reihe von Kontakten zwischen Repräsentanten amerikanischer Hilfsorganisationen und der jüdischen Gemeinde in Manila sowie Behördenvertretern der USA und der Philippinen, um die Bedingungen einer Ansiedlung jüdischer Flüchtlinge in großem Maßstab zu sondieren.

Der Inselstaat im malaiischen Archipel war zu jener Zeit amerikanischer Commonwealth, das entsprach dem Status zwischen Kolonie und der für 1946 vorgesehenen Entlassung in die Unabhängigkeit. Präsident Manuel Quezon stellte die Aufnahme von 10.000 Flüchtlingen (zunächst war von 30.000 und mehr die Rede gewesen) im Rahmen eines groß angelegten

Kolonisationsprojekts auf der Insel Mindanao in Aussicht. Bedingung war, dass die Flüchtlinge den Behörden nicht zur Last fallen und ausschließlich in der Landwirtschaft tätig sein dürften. Dieses Einwandererkontingent sollte, wie Quezon wohl zur Beschwichtigung von Kritikern im eigenen Land ausführte, sukzessive „im Laufe vieler Jahre“ aufgenommen werden.

Eine nach Mindanao entsandte amerikanische Expertenkommission kam in ihrem im Oktober 1939 vorgelegten Gutachten zu dem Schluss, dass eine Kolonisierung der Region Bukidnon wirtschaftlich sinnvoll sei, erstellte einen entsprechenden Kostenvoranschlag und schlug die Entsendung einer Pioniergruppe einschlägig qualifizierter Flüchtlinge zur Vorbereitung der Ansiedlung vor. Doch in dem Ausmaß, in dem sich die Realisierung des Mindanao-Plans in die Länge zog, verringerten sich die Chancen jener, die davon hätten profitieren können. Ab dem Frühjahr 1940 waren infolge der Kriegereignisse die Mittelmeerhäfen geschlossen und die Philippinen nur mehr via Sibirien, Mandschukuo, Japan und Shanghai erreichbar, nach dem Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 war auch diese Route blockiert. Im November 1941, als bereits die Deportationszüge von Wien aus in Richtung Osten rollten, wurde über Juden ein generelles Ausreiseverbot aus dem Deutschen Reich verhängt. Der Ausbruch des Pazifik-Krieges im Dezember 1941 machte die Philippinen als Fluchtziel endgültig unerreichbar und bedeutete das Aus für das Projekt.

Individuelle und organisierte Emigration

Dennoch gelang zwischen 1938 und 1941 rund 180 Österreicherinnen und Österreicher die Flucht auf den tropischen Archipel. Der überwältigende Teil der EmigrantInnen waren rassistisch Verfolgte, in geringem Ausmaß auch deren Ehepartner und in einigen wenigen Fällen politisch Oppositionelle. Die Einwanderung in das

Inselreich unterlag der Immigrationsgesetzgebung der Vereinigten Staaten. Bedingung für die Einreise waren ein amerikanisches Visum und ein Affidavit. Eine entscheidende Rolle bei der Erlangung einer Einreisegenehmigung kam dem Jewish Refugee Committee in Manila zu, das einer individuellen Immigration ablehnend gegenüberstand und sich in Zusammenarbeit mit den Behörden ein beträchtliches Maß an Kontrolle über die Einwanderung sicherte. Als Prüfinstanz für Aufnahmeanträge erstellte das Komitee einen Katalog von Auflagen, die die KandidatInnen zu erfüllen hatten. Dieser bezog sich in erster Linie auf im Land benötigte Berufe, aber auch auf Alter und Gesundheitszustand. Erst vom Komitee positiv beschiedene Anträge bewirkten die Ausstellung eines Visums durch die amerikanischen Konsulate. Vermutlich wollte das Jewish Refugee Committee durch seine rigorosen Vorgaben die Behörden, von denen immerhin die Verwirklichung des Mindanao-Plans abhing, günstig stimmen. Die „Wahl“ der Philippinen zum Fluchtland kam häufig aufgrund von Arbeitsmöglichkeiten, die sich aufgrund persönlicher Kontakte ergaben oder die das Jewish Refugee Committee in Manila der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien bekannt gab, zu Stande. Einmal im Land und wirtschaftlich etabliert, war es den Flüchtlingen prinzipiell möglich, Familienangehörige nachzuholen. Nicht alle EmigrantInnen hatten jedoch vor ihrer Abreise mit dem Jewish Refugee Committee Kontakt aufgenommen. Es gibt Hinweise, dass Flüchtlinge auf der Route nach dem Zielhafen Shanghai in Manila von Bord gingen. Der Gedanke, auf dem Umweg über die Philippinen dem eigentlichen Zielland USA näher zu kommen, dürfte in vielen Fällen für eine Emigration auf den Inselstaat ausschlaggebend gewesen sein.

Integration und gesellschaftliches Leben

Die Etablierung im exotischen Land war nicht immer einfach. Das ungewohnte Klima sowie Tropenkrankheiten machte vielen Europäern zu schaffen. Die Landessprache Tagalog zu erlernen wurde zu meist nach kurzem Anlauf aufgegeben, umso mehr, als Englisch in dem multiethnisch geprägten Land als Lingua Franca diente. Nicht alle fanden Beschäftigung in ihrem angestammten Beruf. Mit viel Geschick und Improvisationstalent gründeten Flüchtlinge kleine Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe, Restaurants und Pensionen, die ihnen ein bescheidenes Auskom-

men sicherten. In den von Flüchtlingen bewohnten Vierteln Manilas blühten Gastronomiebetriebe, Pensionen, Bäckereien, Schneidereien, Textilgeschäfte usw. auf. Einige Refugees fanden Anstellungen bei ausländischen Firmen. 1940 entstand unweit von Manila unter der Ägide des Jewish Refugee Committee eine Kollektivfarm, Marikina Hall, die etwa 40 Personen beschäftigte. Erwähnung verdienen die zahlreichen Wiener Ärzte-Emigranten, darunter einige namhafte Forscher, wie der Pädiater Eugen Stransky, Robert Willheim, ehemaliger Professor für medizinische Chemie an der Universität Wien, der Urologe Alfred Zinner und der noch junge Hans Kaunitz. Einige folgten einer Berufung an die University of the Philippines und zeichneten für einen beachtlichen Wissenstransfer in ihren Disziplinen verantwortlich. Eine Niederlassung der Ärzte stieß allerdings auf heftigen Widerstand ihrer philippinischen Standesgenossen, die eine Reihe bürokratischer Hürden, wie die Ablegung einer Prüfung oder das Verbot, Rezepte auszustellen, durchsetzten. Aufnahme an der Universität fanden auch die junge Botanikerin Mona Lisa Lindenberg oder der Physiker Theodor Brings. Künstler, die in ihrem Bereich weiter tätig sein konnten, waren der Dirigent Herbert Zipper, der sich große Verdienste um das Symphonieorchester von Manila erwarb, sowie der Filmpionier Arthur Gottlein, der mit philippinischen Teams einige Filme drehte. Ernest Korneld, ein Wiener Architekt, fand ebenfalls Beschäftigung in seinem Fach.

Die Lebenshaltungskosten waren günstig, aufgrund des extremen sozialen Gefälles konnten sich viele EmigrantInnen sogar einheimisches Personal leisten. Der überwiegende Teil der Flüchtlinge lebte in der Hauptstadt Manila. Wenn auch das Ausmaß der Integration aufgrund der soziokulturellen Gegebenheiten sicherlich nicht mit dem in den westlichen Gastländern vergleichbar ist, lebten sich viele Flüchtlinge gut in die neue Umgebung ein. Für manche war gerade auch die internationale Atmosphäre Manilas ein attraktives soziales Umfeld. Die philippinische Bevölkerung stand den Flüchtlingen im Allgemeinen freundlich gegenüber und kannte keinen Antisemitismus. Einige Emigranten schlossen Ehen mit Filipinas.

Neuankömmlinge wurden in den allermeisten Fällen vom Jewish Refugee Committee der jüdischen Gemeinde in Manila betreut. Mittellose Flüchtlinge erhielten finanzielle Unterstützung, man half bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen und der Beschaffung von Wohnungen. Die Mittel

wurden unter anderem durch eine Art Solidarabgabe — 10 % vom Gehalt bereits etablierter Flüchtlinge — beschafft. Darüber hinaus war die Gemeinde, die während der Zeit des Zustroms von Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich die höchste Mitgliederzahl ihrer Geschichte erreichte, Zentrum des sozialen, kulturellen und religiösen Lebens der EmigrantInnen. Neben den religiösen Zeremonien und Festlichkeiten gab es im Rahmen des Gemeindelebens Einrichtungen wie einen Diskussionszirkel, einen Theaterklub, einen Musikklub, einen Jugendklub und ein Heim für alte und bedürftige Menschen. Besonders rührig um die Flüchtlinge bemüht war die karitative Frauengruppe *Women's Auxiliary*.

Im Juli 1940 wurde der aus deutschen und österreichischen Emigranten zusammengesetzte Council of Representatives gegründet, der sich als Vermittlungsinstanz zwischen dem Committee und der Refugee Community verstand. Anlass waren die Klagen vieler Flüchtlinge über die Tätigkeit des Jewish Refugee Committee, die sich offenbar auch auf dessen Vorgangsweise bei der Beschaffung von Einreisegenehmigungen bezogen. Der Council gab die englischsprachige Zeitung *The Star* heraus, die vierzehntägig erschien und Nachrichten über jüdische Angelegenheiten in aller Welt, landeskundliche Informationen, Veranstaltungshinweise, Annoncen, Kochrezepte etc. enthielt. Anliegen der Redaktion war es, ihren Lesern bei der Eingliederung in die fremde Umgebung zur Seite zu stehen und zugleich ein Forum jüdischer Kultur- und Traditionspflege anzubieten. Im Februar 1941 trat der Council aus Protest gegen das Komitee, das seiner Ansicht nach kritische Mitarbeit nicht wünschte und den Council zu einem bloßen Exekutivorgan seiner Beschlüsse degradierte, zurück.

Keine Hinweise konnten auf politische Organisationen der Flüchtlinge gefunden werden. Die politischen Sympathien der meisten lagen bei den Amerikanern. Die jüdische Gemeinde selbst enthielt sich verständlicherweise politischer Stellungnahmen.

Japanische Okkupation und Krieg

Die Besetzung der Philippinen durch die Japaner im Dezember 1941 bedeutete für die Flüchtlinge das Ende ihrer relativen Sicherheit. Der Zusammenbruch der philippinischen Wirtschaft brachte viele um ihre Existenz. Universitäten und Schulen wurden geschlossen, sodass diese relativ gut bezahlten Arbeitsplätze wegfielen.

Einmal mehr mussten sich die Flüchtlinge neue Überlebenschancen suchen. Viele lebten vom Verkauf oder Tausch ihrer Habseligkeiten. Da die japanischen Militärs willkürlich Häuser und Wohnungen beschlagnahmten, war mehrmaliger Quartierwechsel an der Tagesordnung. Zahlreiche EmigrantInnen wurden, obwohl die japanischen Besatzer sie als Angehörige eines verbündeten Staates betrachteten und keine spezifisch antijüdische Repression ausübten, Opfer von Internierungen, so etwa die Wienerin Margarete Stern, die in Manila als Flüchtlingshelferin gearbeitet hatte und als vermeintliche Spionin im berüchtigten Fort Santiago inhaftiert wurde. Die Flüchtlinge übten eine Art passiver Resistenz gegen die Besatzer aus, doch sind auch Fälle aktiver Kooperation mit dem philippinischen Widerstand bekannt. Herbert Zipper versteckte nicht nur die Instrumente des Sinfonieorchesters und verhinderte mit allen möglichen Ausflüchten dessen Auftreten, sondern war auch in einer hauptsächlich aus Chinesen bestehenden Widerstandsgruppe engagiert, die mit der amerikanischen Armee kooperierte. Die Kämpfe um Manila im Februar 1945, die die endgültige Niederlage der japanischen Armee besiegelten, forderten schwere Opfer auf Seiten der Flüchtlinge. Die Japaner legten durch systematische

Brandschätzungen nicht nur große Teile der Stadt in Schutt und Asche, sondern richteten auch unter der Zivilbevölkerung grausame Massaker an. Die US-Armee legte Manila unter schweres Bombardement. Auch unter den österreichischen EmigrantInnen waren Tote zu beklagen. Wer sich mit heiler Haut aus dem Inferno retten konnte, hatte zumeist seine gesamte Habe verloren und stand erneut vor dem Nichts.

Die Philippinen: Transitstation für die nächste Etappe der Emigration

Insgesamt sahen die meisten der „Manilaner“, wie sich die Flüchtlinge selbst nannten, ihren Aufenthalt auf den Philippinen als zeitlich begrenzte Episode, als Transitstation auf dem Weg in die USA. Wer die Möglichkeit hatte, reiste noch vor Ausbruch des Pazifik-Krieges in die Vereinigten Staaten weiter. Nach 1945 verließ der Großteil der Flüchtlinge das Land mit demselben Ziel. Andere führte der Weg nach Australien. Viele hatten inzwischen Familien gegründet und sahen für ihre Kinder bessere Lebenschancen außerhalb der Philippinen. Nur wenige blieben, davon kehrten wiederum einige nach dem Ende ihres aktiven Berufslebens nach Österreich zurück. Trotz ihrer bitteren Erfahrungen blieben manche der Vertrie-

benen ihrer ehemaligen Heimat verbunden. Hans Steiner, Irving Cryde und Georg Winternitz pflegten als österreichische Honorarkonsuln und Handelsdelegierte die bilateralen Beziehungen.

Literatur zum Thema (Auswahl):

Ephraim, Frank: *Escape to Manila. From Nazi Tyranny to Japanese Terror*. Urbana and Chicago, 2003

Feingold, Henry L.: *Roosevelt and the Resettlement Question*, in: *Rescue Attempts during the Holocaust. Proceedings of the Second Yad Vashem International Historical Conference*, Jerusalem, April 8–11, 1974. Jerusalem 1977, S. 123–181

Griese, John William: *The Jewish Community in Manila*. Thesis (M.A.), University of the Philippines, Quezon City, 1954

Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 1938 ff.

Dieser Beitrag ist in erweiterter Form — ergänzt durch Fotos, Dokumente und Kurzbiographien von Trudl Dubsky Zipper, Arthur Gottlein, Hans Steiner, Mona Lisa Steiner, Eugen Stransky und Herbert Zipper — auf der Website des DÖW abrufbar:
<http://www.doew.at/thema/philippinen/kurz.html>

NEUES VON GANZ RECHTS

BfJ weint dem „Dritten Reich“ nach

Der *Bund freier Jugend* (BfJ) scheint die Rücksichtnahme auf das NS-Verbotsgesetz mehr und mehr abzulegen und betrauert im aktuellen *Jugend Echo* (5/2004) offen das „Ende des deutschen Reiches“. Dieses hätte „die von langer Hand geplante Umerziehung und in weiterer Folge den ‚american way of life‘ ermöglicht. Mit dem Nationalsozialismus sei eine ‚passende[n] und völkisch-geprägte[n] Kultur‘ und die ‚gewachsene[n] Volksgemeinschaft‘ untergegangen. Heute stünden nicht mehr wie im NS-Staat ‚die Identität und die Wurzeln der Menschen [...] im Mittelpunkt, sondern der Profit‘. Im Unterschied zu damals, als das ‚Volk [...] sich den Staat als Ordner und Regler für die Angelegenheiten der Gemeinschaft‘ schaffte, der Staat ‚die Lebensbedürfnisse des Volkes‘ vertrat, seien die ‚Lebensinteressen des eigenen Volkes‘ heute ‚ohne jegliche Bedeutung‘.

Abgerundet wird diese unumwundene NS-Apologie mit der Behauptung, die „Urgroßväter und Großväter“ hätten im Zweiten Weltkrieg „für die Freiheit ihres Volkes“ gekämpft. Und schließlich empört man sich auch noch darüber, dass der oberösterreichische Markt Haslach Adolf Hitler nun die Ehrenbürgerschaft aberkannt hat.

„Gedenken“ am 8. Mai

Der *Bund freier Jugend* (BfJ) berichtet im neonazistischen *stoertebeker-netz* über seinen „Aktionstag“ in Linz am 8. Mai, dem Jahrestag der Kapitulation Nazi-Deutschlands. Der BfJ spricht von diesem Datum als Tag „der totalen Niederlage aller Deutschen“ und wollte mit seiner Aktion zeigen: „*Aller Umerziehung, Geschichtslüge und faschistoiden Political-Correctness-Ideologie zum Trotz gibt es noch freie Menschen — und die kapitulieren nie!*“ Begonnen habe der „Aktionstag“ des BfJ „mit Öffentlichkeitsarbeit im

Großraum Linz, wobei mehrere hundert Flugschriften zur Problematik des 8. Mai unter die Leute gebracht werden konnten“. Nach einer „Diskussionsrunde zum Thema“ habe „sich ein enger Kreis“ versammelt, „um einen Fackelmarsch mit anschließendem Heldengedenken zur Ehre der Gefallenen des letzten Krieges durchzuführen und zu diesem Zwecke einen Kranz für die toten Kameraden niederzulegen“.

Das taten an diesem Tag auch deutschnational Korporierte im Inneren der Wiener Hofburg. An dem Gedenken „deutscher Kriegsoffer“ (*stoertebeker*) nahmen rund 350 Personen teil, darunter führende Wiener FPÖ-Politiker. Die „Gedenkrede für die deutschen Gefallenen des Krieges“ hielt wie angekündigt Landesparteiohmann Heinz-Christian Strache.

AFP hinter Jungfreiheitlichen

In den *Kommentaren zum Zeitgeschehen* (409/Juni 2004), dem Organ der rechtsext-

remen *Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik* (AFP), setzt sich Konrad Windisch mit der „Umvolkung“ auseinander.

Fälschlicherweise behauptet er, dass dieser rassistische Begriff nicht im Nationalsozialismus, sondern „in der damals aufstrebenden FPÖ“ geschaffen worden sei. Zwar handle es sich dabei nicht gerade um eine „schöne Wortschöpfung“, jedoch sei sie als „Bezeichnung für ein Programm der Volksfeinde aller Schattierungen“ sehr gut brauchbar. Windisch stellt sich hinter den Obmann des *Ringes Freiheitlicher Jugend* (RFJ), Johann Gudenus, welcher ebenfalls vor einer „Umvolkung“ gewarnt hatte. Die Tatsache, dass sogar drei RFJ-Landesgruppen sich gegen diese Terminologie wandten, ist für ihn ein „Treppenwitz“. Schließlich weiß Windisch, dass es „kaum Asylanten [gibt]“: „*Was da kommt sind Leute, die auf unsere Kosten bequemer und besser leben wollen.*“ Und lauter muslimische Terroristen: „*800 Jahre hat die Reconquista gedauert, die Befreiung Spaniens. Ein paar Jahrzehnte hat es gedauert, bis mit dem Ruf ALLAH AKBAR die Züge und Häuser in die Luft fliegen.*“ Bei soviel Übereinstimmung mit Jungfreiheitlichen überrascht es nicht, dass die *Kommentare* die RFJ-Zeitschrift *Die Tangente* empfehlen.

Der eigene Nachwuchs aus dem *Bund freier Jugend* (BfJ) nahm am 1. Mai an der Neonazi-Demonstration in Berlin teil, worüber im *Wiener Beobachter* (5/2004) auch noch mit einem gewissen Stolz berichtet wird.

Österreicher bei deutschen Neonazis

Am 30. Mai folgten mehr als 350 vorwiegend jüngere Neonazis der Einladung einer *Plattform Neue Ordnung* (PNO) und versammelten sich in Stuttgart. Die PNO vereint unter ihrem Dach die *Bewegung deutsche Volksgemeinschaft* (BDVG) und die *Bewegung Neue Ordnung* (BNO). Sie gilt als Rechtsabspaltung der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD), der man z. B. vorhält, dass sie auf ihrer Liste zu den EU-Wahlen einen gebürtigen Bosnier kandidieren lässt.

Beim Treffen, das unter dem Motto „Tag der Gemeinschaft: Volksgemeinschaft leben“ stand, hielt Andreas Thierry aus Anlass des 80. Geburtstages von Herbert Schweiger einen Vortrag über dessen „Leben und Werk“. Dabei gab er laut Bericht der Veranstalter „einen umfassenden Ein-

blick in das Lebenswerk und die politischen Verdienste des unbestechlichen Steiermärkers Herbert Schweiger [...], der auf 6 Kampfbahnen im Einsatz für die nationale Idee zurückblicken kann“. Seine Rede schloss Thierry mit „der Aufforderung an die deutsche Jugend, das Lebenswerk Herbert Schweigers fortzuführen, und dem Aufruf ‚Deutsche Jugend, Steh auf!‘“.

Dann hielt der Geehrte selbst eine „bewegende[n] und tiefgreifende[n] Rede über ‚Europas neue Idee‘“. Die in Wahrheit alten Vorstellungen Schweigers über eine nationalsozialistische „Neue Ordnung“ sind beim Treffen in Stuttgart auch in Buchform vorgestellt worden. In dem jüngsten Machwerk des Chefideologen der deutsch-österreichischen Neonazi-Szene — ein „Nationales Manifest für Deutschland & Europa“ — werde das „Grundübel unserer Zeit [enthüllt]: Das lebens- und naturwidrige kapitalistische Geld- und Wirtschaftssystem, mit dem Wahnsinn des Zins und Zinseszinses“. Das Gleiche hat der NS-Ideologe Gottfried Feder bereits vor rund 80 Jahren getan, wobei er noch offen vom „Weltjudentum“ sprach, während seine Apologeten dieses heute verschämt das „internationale Großleihkapital“ nennen.

Am Ende stellte der „Versammlungsleiter“ Lars Käßler, im März dieses Jahres Gast beim „Tag der volkstreuern Jugend“ in Wels, den „Appell zu Württemberg am 30. 5. 2004: Wir fordern die Volksgemeinschaft!“ vor. Laut diesem ist heute „das materielle, geistige und biologisch-genetische Erbe des deutschen Volkes in noch nie da gewesener Form tödlich bedroht“, und zwar „von Auflösung und Zersetzung durch Amerikanismus, Globalismus, Geldkapitalismus, Dekadenzkrise, Geburtenverweigerung und der Wahnvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft“. Schuld an dieser Entwicklung seien wie immer die finsternen „Hintergrundmächte“, die „nach Deutschlands Niederlage am 8. Mai 1945“ über die „alliierten Besatzermächte[n]“ die „Umerziehung [...] geplant und gesteuert“ hätten. Geholfen habe den Juden und Jüdinnen dabei die „Kollaboration charakterloser Subjekte unseres Volkes“. Die Befreiung vom „von der amerikanischen Ostküste aus gesteuerte[n] globalisierte[n] Geldkapitalismus“ soll „von unten“ erfolgen: Neonazistische „Kadergruppen und Verbände“ müssten dabei „die Volksgemeinschaft im Kleinen vorleben und neue, überzeugende Formen

menschlichen Zusammenlebens entwickeln“.

Unter den Erstunterzeichnern des „Appells“ findet sich neben Schweiger ein weiterer Österreicher: Walter Marinovic, ein einstmals „freiheitlicher Kulturkämpfer“, der bis dato eher dem rechtsextremen Milieu zuzurechnen war.

Der Volkstreue vor dem Aus?

Friedrich Rebhandl (Schalchen/Sbg.) ist angesichts einer fast vollständigen Erblindung nicht mehr in der Lage, das weitere Erscheinen seiner neonazistischen Zeitschrift *Der Volkstreue* zu garantieren. Nach 22-jähriger Herausgeberschaft sucht er nun „Interessierte“, die sein Werk fortsetzen.

In der aktuellen Ausgabe des *Volkstreuen* (1/2004) trauert Rebhandl einmal mehr dem „geraubten deutschen Osten“ nach. Begonnen habe das Unheil mit dem „Hass- und Rachediktat[es]“ von Versailles, der „Ausplünderung des deutschen Volkes, seine[r] Erniedrigung und Verstümmelung“. Im „Kampf gegen Marxismus und Versailles“ hätten Hitler und die NSDAP gesiegt, worauf das „Weltjudentum [...]

Deutschland den Finanz- und Wirtschaftskrieg [erklärte]“. Der Versuch des „Dritten Reiches“, „sämtliche zusammenhängende Volksteile zu vereinen“, rief den Widerstand Frankreichs und Englands hervor. Diese „erklärten den zweiten ‚Deutschlandkrieg‘“, denn sie „gönnten [...] den Deutschen die Einigung nicht“. Die Sieger dieses Krieges zerstückelten nach 1945 „das Reich in die Deutschenreservate BRD, DDR, BRÖ“, und „Ostdeutschland“ wurde von „Tschechen, Polen und Russen“ annektiert.

Der *Volkstreue* abschließend: „*Kleine Völker, Tschechen und Polen, sollen ewig über den deutschen Osten herrschen. Ehemals die deutsche Kornkammer, heute verwahrlost ... Unrecht Gut gedeiht nicht. Zum Landraub wollen diese Völker jetzt auch noch Geld ... Wir werden niemals auf den deutschen Osten verzichten, und niemand hat das Recht, urdeutsches Land zu verschenken.*“

Mai/Juni 2004

Neues von ganz rechts
im Internet:
www.doew.at

Regelmäßig aktualisiert
Archiv ab 1998

Brunner, Claudia, Uwe von Seltmann: Schweigen die Täter reden die Enkel. Mit einem Nachwort von Wolfgang Benz. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg 2004. 189 S.

Beide Autoren widmen den vorliegenden Band ihrer Auseinandersetzung mit der Geschichte ihrer nationalsozialistischen Vorfahren, die in beiden Fällen in schwere NS-Verbrechen involviert waren. Claudia Brunner ist die Großnichte von Alois Brunner, Mitarbeiter Adolf Eichmanns, Mitverantwortlicher für die Deportation der Jüdinnen und Juden aus Berlin, Thessaloniki, Drancy (Frankreich) und Bratislava und über Jahrzehnte hinweg einer der meistgesuchten österreichischen NS-Verbrecher. Lothar von Seltmann, Großvater des zweiten Autors Uwe von Seltmann, war nicht nur als Theoretiker an der Stärkung des Deutschtums in Osteuropa, sondern aktiv an der Niederschlagung des Warschauer Ghetto-Aufstandes beteiligt. Die beiden Autoren verschränken ihre Darstellung nicht, ihre Geschichten stehen in der Publikation hintereinander. Beim Lesen jedoch verdeutlichen sich die Parallelen des Erlebens dieser beiden Angehörigen der dritten Generation. In beiden Familien rankten sich um die Personen der NS-Verbrecher Andeutungen, sie waren Gegenstand des jeweiligen Familiengeheimnisses. In beiden Familien stießen die Nachfragen auf einzelne etwas aufgeschlossener Familienmitglieder der zweiten Generation, aber auch auf vehemente Ablehnung. Sowohl Brunner als auch Seltmann wollten anfangs das gesamte Ausmaß der verbrecherischen Involvierung ihrer Verwandten, das sich erst in umfangreichen Recherchen und Nachforschungen herausstelle, nicht wahrhaben. In beiden Familien gab es auch so etwas wie ein solidarisches Einverständnis mit den belasteten Nationalsozialisten, das in der Familie Brunner besonders deutlich wurde. Dieser gelang es in den achtziger Jahren, mit Brunner in Syrien Kontakt aufzunehmen, woraus sich eine über fünf Jahre währende Korrespondenz ergab. Aber für die Familie war es selbstverständlich, ihr im Ausland befindliches wegen Massenmordes behördlich gesuchtes Familienmitglied zu schützen, das Geheimnis um seine Adresse zu wahren. Die sehr persönlichen Schilderungen der beiden Autoren weisen vor diesem Hintergrund über die individuellen Geschichten

hinaus. Sie stehen auch als Beispiele für den gesellschaftlichen und im jeweiligen Einzelfall familiären Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit einzelner Familienmitglieder und wohl auch Bekannter der Familien. An den Fällen schwer belasteter NS-Verbrecher wird deutlich, wie falsch verstandene Solidarität die Tolerierung der ehemaligen Nationalsozialisten in allen Lebensbereichen erleichterte und vorantrieb. Die Schilderungen von Brunner und Seltmann können so als Illustrationen für die in der zeitgeschichtlichen Forschung bereits dargelegten Vorgänge der Re-Integration der ehemaligen Nationalsozialisten dienen. Brunners und Seltmanns Anliegen besteht darin, ihre Geschichten „öffentlich zu machen“, nicht um eines „larmoyanten Betroffenheits-Schicksals-Berichts“ (S. 13) willen, sondern um zu zeigen, wie sehr die Vergangenheit in die Gegenwart der Nachkommen hineinwirkt. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen psychotherapeutischer bzw. psychoanalytischer Forschungen der letzten Jahre, wenn auch Elisabeth Brainin zu Recht vor der manchmal um sich greifenden beinahe Gleichsetzung des Schicksals der dritten Generation der Täter mit jenem der dritten Generation der Opfer warnt. Deutlich wird aber jedenfalls, dass der von interessierter Seite seit den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts geforderte Schlussstrich nach wie vor unmöglich bleibt.

B. B.-G.

Naimark, Norman M.: Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. Aus dem Amerikanischen von Martin Richter. München: C. H. Beck-Verlag 2004. 301 S.

Die Bezeichnung „ethnische Säuberung“ wurde durch den Krieg im ehemaligen Jugoslawien zu einem geflügelten Wort für die gewalttätige Vertreibung von Menschen mit besonderen ethnischen Zugehörigkeiten aus ihren bisherigen Wohngebieten. Anwendung kann der Terminus aber auch auf vorherige Ereignisse finden, wie der in Stanford lehrende Historiker Norman M. Naimark in seinem Buch „Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert“ veranschaulicht. Er will dabei über die vergleichende Betrachtung die Möglichkeit zum besseren Verständnis der ethnischen Säuberung in unserer Zeit eröffnen (vgl. S. 10). Dabei unterscheidet der Autor den Begriff über

den Vorsatz als entscheidendes Kriterium vom Völkermord, der eine zielgerichtete Tötung eines Bevölkerungsteiles voraussetze. Die Absicht der ethnischen Säuberung liege demgegenüber in der Entfernung eines Volkes von einem bestimmten Territorium (vgl. S. 11 f.). Im Zentrum der Darstellung stehen fünf Fallstudien, die auf das Europa des 20. Jahrhunderts begrenzt sind.

Zunächst geht Naimark auf die Massaker an den Armeniern durch die Türken 1915 ein, widmet sich der Judenverfolgung und -vernichtung durch die Nationalsozialisten im „Dritten Reich“ und behandelt die sowjetische Deportation der Tschetschenen-Inguschen und der Krimtataren. Die Vertreibung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei nach 1945 sowie die Folgen der Kriege im ehemaligen Jugoslawien seit Beginn der neunziger Jahre stehen danach im Zentrum des Interesses. Im Unterschied zu weit verbreiteten Auffassungen sieht der Autor in den angesprochenen Untaten keineswegs das Ausbrechen eines uralten Hasses, vielmehr stellen sie eine genuin moderne Erfahrung dar (vgl. S. 15). Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert seien das Produkt der „fortgeschrittensten“ Phase in der Entwicklung des modernen Staates“. Insbesondere in dessen Drang zur Homogenisierung über den integralen Nationalismus sieht Naimark eine zentrale Ursache, wobei aber die Hauptverantwortung für die Durchführung den politischen Eliten zugeschrieben werden müsse (vgl. dazu S. 17–20).

Seine Studie beeindruckt zunächst durch die formale Darstellung, gelingt es dem Autor doch zu den jeweiligen historischen Ereignissen auf Basis des aktuellen Forschungsstandes die wichtigsten Aussagen zusammenzutragen. Hier und da wirken die einzelnen Kapitel dabei wie Skizzen oder Zusammenfassungen, mehr wollen sie aber vor dem Hintergrund des eigentlichen Erkenntnisinteresses des Autors auch nicht sein.

Darüber hinaus vermochte Naimark durch die vergleichende Betrachtung eine Reihe von Besonderheiten der ethnischen Säuberungen herauszuarbeiten. Hierzu gehören die Hinweise auf die persönliche Dimension der Gewaltausübung, die Bedeutung des Krieges als Hintergrund für das Vorgehen, die Vorstellungen der Homogenität und Totalität als handlungsleitend, die Versuche zur Auslösung der Erinnerung an die Untaten und das Vorgehen gegen

Frauen als Trägerinnen der nächsten Generation des Volkes. Auf all dies differenziert aufmerksam gemacht zu haben stellt zweifellos das Verdienst von Naimarks Arbeit dar.

Gleichwohl hätte die vergleichende Betrachtung noch intensiviert und systematisiert werden können — auch und gerade im Verhältnis zu den Praktiken des Völkermordes: Insofern muss hier darauf hingewiesen werden, dass einige ethnische Säuberungen sich in diese Richtung hin entwickelten (z. B. der nationalsozialistische Judenmord), in anderen Fällen eine Einschätzung strittig ist (z. B. der Massaker an den Armeniern) und wieder in anderen Fällen dieser Schritt nicht vollzogen wurde (z. B. bei der durchaus brutalen Vertreibung der Deutschen). Macht aber gerade vor diesem Hintergrund die Kategorie „ethnische Säuberung“ für die erwähnten Fälle Sinn? Naimark geht es erkennbar nicht darum, den Holocaust als besonderes Ereignis zu relativieren. Aber mit seinem Untersuchungsrastrer können die Besonderheiten dieses Menschheitsverbrechens nicht ausreichend erfasst werden. Um sie zu identifizieren bedarf es allerdings der vergleichenden Betrachtung, wofür der Autor einen anregenden und beachtenswerten Beitrag fern von Aufrechnung und Moralisierung liefert.

apt

Wilde, Dieter: Der Aspekt des Politischen in der frühen Lyrik Hugo Sonnenscheins. Frankfurt am Main u. a.: Lang 2002. 322 S. (Literaturhistorische Untersuchungen, hrsg. v. Theo Buck, Bd. 34)

Hugo Sonnenschein war wie sein Schriftsteller- und Vereinskollege Benedikt Fantner in der *Vereinigung sozialistischer Schriftsteller* organisiert und in der Aufbruchsstimmung der jungen Republik, nach den fürchterlichen Jahren des Ersten Weltkrieges, in sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Versammlungen und Diskutierklubs zu finden. Über den politischen Alltag jener Zeit meinte Fantner: „In allen Lagern lernte er Revolutionäre, aber auch viele Schwätzer und Streber kennen.“ Der Revolution verbunden, beteiligte sich Sonnenschein an den Gründungen der kommunistischen Parteien in Wien und Prag und war auch einige Zeit Sekretär der tschechischen KP-Gruppe in Wien.

Mit Akribie geht Dieter Wilde, der als Lehrer in Hamburg und als Lektor des Deutschen Akademischen Austausch-

dienstes an der Brünner Masaryk-Universität tätig ist, den politischen Spuren in der frühen Lyrik Hugo Sonnenscheins, bekannt auch als „Sonka“, nach. Vor allem ist es sein 1910 im Verlag der freien Gesellschaft „Utopia“ erschienenes Buch „Ichgott, Massenrausch und Ohnmacht. Die Utopie des Herostrat“, das Wilde als zentrales Studienobjekt für seine vorliegende Arbeit auswählte. Über seine Lyrik und sein Leben reflektierte der Dichter zu Ostern 1910 in einer Art Einleitung zu diesem Werk: „*Ich lebe — das ist: Ich werde gejagt, gepeinigt, gestoßen, gequält und erhoben, gepeitscht und geküsst; ich schaffe — das heißt: ich siege.*“

Klar und übersichtlich gegliedert, stellt Dieter Wilde diesen Band in den Kontext seiner Zeit und analysiert in insgesamt fünf Abschnitten — Rekonstruktion des Umfelds der tschechischen Bezüge bei Sonnenschein, Slowaken, Juden / Antisemitismus, Die soziale und politische Frage, Gewalt / Anarchismus — die Themenbereiche des Lyrikers. Der engagierte Schriftsteller, der am 25. Mai 1889 in Gaya (tschechisch Kyjov) geboren wurde, Verfolgung und Auschwitz überlebte, starb — als „Gestapo-Kollaborateur“ verdächtigt — am 20. Juli 1953 im tschechoslowakischen Zuchthaus Mirov. Der Solidarität mit den von den Nazis bedrängten Schriftstellern verpflichtet, schrie er die Protestdepesche der *Vereinigung sozialistischer Schriftsteller* beim XI. Kongress des Internationalen P.E.N.-Clubs im Mai 1933 in Dubrovnik für ein „mannhaftes hilfreiches Eintreten für die verfolgte deutsche Literatur“ in den Versammlungssaal. Nachdem er nach dem Februar 1934 „beständig aus Österreich abgeschafft“ worden war, erhob er in der Tschechoslowakei auch immer wieder seine Stimme gegen die unglaublichen Moskauer Schauprozesse. Gleichzeitig veröffentlichte er auch neue Werke, wie etwa das Lyrikbändchen „Nichts als Brot und Freiheit“ in der Edition Corona in Prag. Über dieses Heft schrieb zum Beispiel am 12. Jänner 1936 die *Arbeiter-Zeitung*, ein Sprachrohr der in den Untergrund gedrängten österreichischen Sozialisten: „*Wieder klingt in den formschönen Versen die gläubige Hingabe Sonkas an die Ideale des Sozialismus, seine revolutionäre Leidenschaft für die Zeit des Kampfes, sein seherischer Optimismus für die Zukunft ihrer Erfüllung. Mehrere Gedichte sind an Österreich und an Wien gerichtet.*“

Ein umfangreicher Anmerkungsapparat, ein detailliertes Verzeichnis der Primär-, Sekundärliteratur und der verwendeten

Periodika, eine Auflistung der unveröffentlichten Quellen — Wilde fand sie auch im DÖW — zum Leben und Werk des Dichters sowie ein Personenverzeichnis und andere Informationen ermöglichen ein noch gründlicheres Eindringen in diese literaturwissenschaftliche und literaturhistorische Untersuchung und natürlich ebenso in das literarische Anliegen Hugo Sonnenscheins. H. E.

Klein, Erich: Denkwürdiges Wien. Gehen & Sehen. 3 Routen zu Mahnmalen, Gedenkstätten und Orten der Erinnerung der Ersten und Zweiten Republik. Wien: Falter Verl. 2004. 128 S. (Falters City walks, Bd. 5)

Bereits eine doch beachtliche Anzahl von Stadtführern gibt Interessierten Informationen zu zeitgeschichtlichen Ereignissen in Wien. Ein paar sollen hier nicht unerwähnt bleiben, etwa von Wolfgang Lauber: „Wien. Ein Stadtführer durch den Widerstand“ (1987), der vom Rezensenten im Jahre 1985 gestaltete „Antifaschistische Stadtführer“ oder der von Kurt

Paul Cummins

Musik trotz allem

Herbert Zipper:

Von Dachau um die Welt

Wien: Verlag Lafite 1993

269 Seiten

Der 1997 verstorbene Dirigent, Komponist und Musikpädagoge Herbert Zipper hätte heuer sein 100. Lebensjahr vollendet.

Der gebürtige Wiener wurde im Mai 1938 aus rassistischen Gründen in das KZ Dachau eingeliefert, wo er gemeinsam mit Jura Soyfer das „Dachau-Lied“ schuf. Nach Haft im KZ Buchenwald 1939 konnte er auf die Philippinen emigrieren und übernahm dort die Leitung des Manila Symphony Orchestra. Während der japanischen Okkupation wurde er kurzfristig inhaftiert.

Paul Cummins beschreibt Zippers Lebensweg von der Kindheit in der Habsburger Monarchie bis zu seiner erfolgreichen Tätigkeit als Musikpädagoge in den USA.

ISBN 3-85151-037-2

Stimmer herausgegebene sozialdemokratische Stadtführer „Die Arbeiter von Wien“ (1988).

Sicher als Standard- und Nachschlagewerk kann man die vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1998 herausgegebene Dokumentation „Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung“ ansehen. Die anerkannte Fachfrau zum Thema Erinnerungskultur Heidemarie Uhl stellte dazu in ihrem Vorwort fest: „*Heinz Arnberger, Herbert Exenberger und Claudia Kuretsidis-Haider legen mit Gedenken und Mahnen in Wien somit ein Grundlagenwerk über den Gedächtnisraum Wien vor, das in seiner Konzeption — der Gesamterfassung der Gedenkstätten für Widerstand und Verfolgung, der präzisen Dokumentation des historischen Bezugs sowie der Denkmalerichtung selbst — weit über bisherige Arbeiten hinausgeht.*“

Das klingt zunächst wohl ein bisschen zu viel nach Eigenlob. Aber wie wir noch sehen werden, orientierte sich Erich Klein doch sehr an diesem Werk, leider nur oberflächlich, und deshalb sind ihm auch gravierende Fehler unterlaufen. Aber die Fairness hätte es doch geboten, auf unser Nachschlagewerk im Vorwort, in der Einleitung oder in einem Literaturverzeichnis hinzuweisen. Eine Möglichkeit hätte der Autor auch bei seiner doch etwas kurz geratenen Darstellung über das DÖW finden können. Aber auch hier wird man vergeblich suchen. Machen wir uns also auf die Spurensuche.

Erich Klein führt auf der Route 1 die Gedenktafel im Hof Stephansplatz 3 für den Priester Johannes Krawarik an, der am 8. November 1938 von jugendlichen Nazis aus dem Fenster des ersten Stockes im öffentlich zugänglichen Churhaus (nicht, wie Klein schreibt, im nicht zugänglichen Erzbischöflichen Palais) geworfen wurde. Als wir 1998 „Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945“ herausbrachten, befand sich diese Gedenktafel genau an jener Stelle, wo Krawarik im Hof aufschlug. In der Zwischenzeit sind doch einige Jahre vergangen und der Hof des Churhauses wurde verbaut. Die Gedenktafel jedoch, die heute nach dem Stiegenaufgang rechts zu sehen ist, ergänzte man noch mit folgendem Erläuterungstext: „Diese Tafel befand sich bis 1998 in dem zum Festsaal umgebauten ehemaligen Hof des Churhauses an der Stelle des Fenstersturzes“.

Auch die Urne mit Erde aus dem KZ Mauthausen am Fuße des Kreuzes in der Barbarakapelle des Stephansdomes wurde

nicht im Jahre 1997 angebracht. In diesem Jahr, im Februar 1997, fand zwar in dieser Kapelle eine Ausstellung des Künstlers Stephan Hilge statt, die Urne aber wurde am 26. November 1998 im Rahmen eines ökumenischen Gottesdienstes von ehemaligen Häftlingen des Konzentrationslagers Mauthausen übergeben. Hier wäre Erich Klein gut beraten gewesen, sich auch den bereits 2001 erschienenen ersten Ergänzungsband zu „Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945“ anzusehen.

Nicht nachzuvollziehen ist es, dass Klein zwar das eingravierte „05“-Zeichen rechts neben dem Riesentor anführt, nicht jedoch die am 5. Oktober 2000 enthüllte Gedenktafel unter diesem Zeichen des Widerstandes. Auch wenn der Text dieser Tafel bewusst oder unbewusst nicht den historischen Tatsachen entspricht, denn das Symbol „05“ als das Geheimzeichen des österreichischen Widerstandes zu bezeichnen, noch dazu für die gesamte Terrorherrschaft der Nazis, ist einfach zu viel. Darauf müsste doch dieser Stadtführer hinweisen, noch dazu bei einem der Zentren des Wientourismus.

Unser Ergänzungsband hätte ihm auch dienen können, die Information über ein Foto des Dichters Reinhold Schneider in einer Fensternische des Café Prückel — „eines der unspektakulären und bedeutenden ‚Denkmäler‘“ — durch die Erwähnung einer tatsächlich bestehenden Gedenktafel für diese Persönlichkeit des katholisch-geistigen Widerstandes gegen das NS-Regime im 2. Stock des Hauses Stubenring 2 zu erweitern.

Peinlich, sehr peinlich sogar wird es aber, wenn Erich Klein die BenutzerInnen des „Denkwürdigen Wiens“ auf der Route 3 zum 1. Tor des Wiener Zentralfriedhofes führt und ihnen erklärt: „im Eingangsbereich ist wohl das Grab Theodor Herzls, des Begründers des Zionismus, das bedeutsamste“. Klein führt zwar die Exhumierung der Leiche Herzls nach Israel an, allein das Grab Theodor Herzls befand sich in der Israelitischen Abteilung des Döblinger Friedhofs.

Außerdem wurde der Zentralfriedhof nicht im Jahre 1869, sondern von Bürgermeister Dr. Cajetan Felder am Allerheiligentag des Jahres 1874 eröffnet. Falsch ist es auch, dass die Israelitische Abteilung des Wiener Zentralfriedhofes beim 1. Tor im Jahre 1869 eingeweiht wurde. Zunächst errichtete Architekt und k. k. Baurat Wilhelm Stiassny in den Jahren 1877 bis 1878 die Zeremonienhalle und die anderen Baulichkeiten beim 1. Tor. Die ersten Beerdigungen auf diesem Friedhof fanden im Jahre 1879 statt.

Ärgerlich wird es aber, wenn der Autor den LeserInnen statt Fakten Spekulationen oder Gerüchte anbietet. So schrieb er als Bildunterschrift für den im Jahre 1983 errichteten Gedenkstein auf dem Platz der Opfer der Deportation, dass dieser „angeblich von Eisenbahnern, die die Deportation durchführten, gesetzt“ worden sei. Treibende Kraft für die Errichtung dieses Gedenksteines war das Mitglied der Österreichischen Liga für Menschenrechte Peter Buxbaum. Einiges dazu hat auch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes geleistet. Peter Buxbaum, von den Nazis als „Mischling 1. Grades“ eingestuft, der gemeinsam mit seinen Eltern durch zwei Jahre zwei mit ihnen nicht verwandte Juden versteckte und „Schutzhäftling“ in den Konzentrationslagern Auschwitz, Mauthausen und im Außenkommando Melk war, war es ein Anliegen, die Zeit der nazistischen Barbarei nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Von ihm ging auch die Initiative für eine Gedenktafel an der Hausfassade des Wiener Landesgerichtes für die hier während der nazistischen Gewaltherrschaft hingerichteten Frauen und Männer aus. Die Gedenktafel wurde übrigens am 11. März 1988 von der Österreichischen Liga für Menschenrechte enthüllt.

Ein Stadtführer mit derartigen Fehlern ist nicht zu empfehlen.

H. E.

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

G. EISENBACHER GmbH MEDIENBEOBACHTUNG

1090 WIEN, WASAGASSE 6, TOP 19
TELEFON: 01/319 20 68; TELEFAX: 01/319 20 67
E-MAIL: office@eisenbacher.net
INTERNET: www.eisenbacher.net

An der Herstellung dieser Nummer wirkten

mit: Brigitte Bailer-Galanda (B. B.-G.), Herbert Exenberger (H. E.), Winfried R. Garscha, Christine Kanzler, Eva Kriss, Willi Lasek, Armin Pfahl-Traughber (apt), Heribert Schiedel

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mittertutzner, Tel.: 534 36/90315, e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel.: 534 36/90319, Fax: 534 36/9990319, e-mail: office@doew.at; Homepage: <http://www.doew.at>).

Ich bestelle folgende Publikationen zum Sonderpreis für Abonnenten der *Mitteilungen*:

- Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947.** Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 2002, 704 S., Bildteil. Leinen € 23,-, Karton € 19,-
Leinen ... Stück
Karton ... Stück
- Florian Freund, **KZ Ebensee.** Ein Außenlager des KZ Mauthausen, Wien 1990, 48 S. € 2,90 ... Stück
- Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., € 4,30 ... Stück
- Florian Freund/Hans Safrian, **Expulsion and Extermination.** The Fate of the Austrian Jews 1938–1945. 62 S. € 4,30 ... Stück
- Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. € 4,30 ... Stück
- Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, **... ihrer Überzeugung treu geblieben.** Rechtsextremisten, „Revisionisten“ und Antisemiten in Österreich, hrsg. v. DÖW, Wien 1996, Deutsch (72 S./)Englisch (64 S.). € 2,90
Deutsche Ausgabe: ... Stück Engl. Ausgabe: ... Stück
- Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** hrsg. v. DÖW, Bund Sozialdemokr. Freiheitskämpfer, Wien 1996, 135 S. € 6,50 ... Stück
- Franz Danimann, **Flüsterwitze und Spottgedichte unterm Hakenkreuz,** Ephelant 2001, 202 S. Ladenpr. € 22,- ... Stück
- 1938. NS-Herrschaft in Österreich.** Texte und Bilder aus der gleichnamigen Ausstellung, hrsg. v. BM f. Inneres und DÖW, Wien 1998, 48 S., € 1,00 ... Stück
- Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945.** Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998, 488 S., rund 230 Abb. € 15,20 ... Stück
- Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Ergänzungen I,** Wien 2001, 99 S. € 5,80 ... Stück
- Kombiangebot Gedenken und Mahnen in Wien,** Wien 1998 **und Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,** Wien 2001. € 17,80 (statt € 21,-) ... Stück
- Brigitte Bailer, **Wiedergutmachung kein Thema.** Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Löcker Verl. Wien 1993. 309 S. Ladenpr. € 27,60 ... Stück
- Claudia Kuretsidis-Haider/Winfried R. Garscha (Hrsg.), **Keine „Abrechnung“.** NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945, Leipzig–Wien 1998, 488 S., € 22,50 ... Stück
- Albert Sternfeld, **Betrifft: Österreich.** Von Österreich betroffen. Böhlau 2001, 294 S., Ladenpr. € 28,90 ... Stück
- Anton Pelinka/Sabine Mayr (Hrsg.), **Die Entdeckung der Verantwortung.** Die Zweite Republik und die vertriebenen Juden, Braumüller 1998, 306 S. Sonderpreis € 5,90 ... Stück
- Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hrsg.), **NS-Herrschaft in Österreich,** öbv und hpt 2001, 959 S., Ladenpr. € 25,40 ... Stück
- CD-ROM **Die österreichischen Opfer des Holocaust / The Austrian Victims of the Holocaust,** Wien 2001, Deutsch/Englisch, € 24,- ... Stück
- Evelyn Adunka, Peter Roessler (Hrsg.), **Die Rezeption des Exils.** Geschichte und Perspektiven der österreichischen Exilforschung, Mandelbaum 2003, 374 Seiten, Ladenpr. € 29,80 ... Stück
- Hans Landauer/Erich Hackl: **Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939.** Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2003, 258 S., Ladenpr. € 24,- ... Stück
- Jahrbuch 2003,** hrsg. v. DÖW, Schwerpunkt: Exil, 210 S. € 5,90 ... Stück
- Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran,** Wien 2003, 112 S., € 5,- ... Stück
- 40 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1963–2003,** Wien 2003, 112 S., € 5,- ... Stück
- Heimo Halbrainer, Martin F. Polaschek (Hrsg.), **Kriegsverbrecherprozesse in Österreich.** Eine Bestandsaufnahme. Historische und gesellschaftspolitische Schriften des Vereins CLIO, Bd. 2, Graz 2003, 167 Seiten, Ladenpr. € 12,- ... Stück
- Herwig Czech, **Erfassung, Selektion und „Ausmerze“.** Das Wiener Gesundheitsamt und die Umsetzung der nationalsozialistischen „Erbgesundheitspolitik“ 1938 bis 1945, Deuticke 2003, 177 S., Ladenpr. € 19,90 ... Stück
- Thomas Mang, **„Gestapo-Leitstelle Wien — Mein Name ist Huber“.** Wer trug die lokale Verantwortung für den Mord an den Juden Wiens? Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 1, LIT Verlag 2003, 283 S., Ladenpr. € 19,90 ... Stück
- Karl Glaubauf, Stefanie Lahousen: **Generalmajor Erwin Lahousen.** Ein Linzer Abwehroffizier im militärischen Widerstand. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 1, LIT Verlag 2004, 71 S., Ladenpr. € 9,90 ... Stück
- Jahrbuch 2004,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Mauthausen, LIT Verlag 2004, 206 S., Ladenpr. € 9,90 ... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 53 436/90319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**
Verlagspostamt
1010 Wien

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S